



Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (HFA/XVII/021/2020)

Sitzungstermin: Dienstag, den 03.11.2020

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:13 Uhr

Ort, Raum: Historisches Rathaus, großer Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

stellv. Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

Ausschussmitglieder

Herr Fritz-Hannes van Beckum

Herr Wilhelm Bloem

Herr Sven Dirksen

Herr Paul Foest

Herr Olav Fricke

Frau Engeline Kramer

Herr Johann Lohmeyer

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Ronald Szyszka

Verwaltung

Herr Detlef Holz

Erster Stadtrat

Herr Holger Schüür

Fachdienstleiter 1.20

Herr Sven Graalman	Protokollführer
Herr Jürgen Hoffmann	Fachstellenleiter 2.66
Frau Lena Renken	Anwarterin

Abwesend:

Verwaltung

Frau Beatrix Kuhl	Bürgermeisterin
-------------------	-----------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.10.2020 (HFA/XVII/020/2020)
- 4 Haushalt 2021 - Investitionen
- 5 Hebesätze der Realsteuern
Vorlage: 1.201/XVII/1687/2020
- 6 Informationen
- 7 Anfragen
- 8 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Szyszka berichtete von einer Presseerklärung der Bundeskanzlerin und dem Gesundheitsminister Jens Spahn. In dieser wurde an die Bevölkerung appelliert, dass öffentliche Leben auf ein Minimum herunterzufahren. Daher unterbreitete er den Vorschlag, die weiteren Sitzungen aufgrund der immer noch anhaltenden Corona-Pandemie und den zur Eindämmung verhängten Lockdown für den November auszusetzen.

Der **Erste Stadtrat** antwortete, dass trotz der Corona Verordnung Sitzungen der politischen Gremien unter Einhaltung des Hygienekonzeptes stattfinden dürfen, um die demokratische Arbeit fortsetzen zu können. Gegebenenfalls ist ein Ausfall einzelner Ausschusssitzungen aufgrund weniger Tagesordnungspunkte seitens der Vorsitzenden denkbar.

Frau Kramer fügte hinzu, dass ein Stattfinden der Sitzungen wichtig sei. Aus diesem Grund habe sie bereits einen Antrag gestellt, die Sitzplätze in Sitzungen mit Plexiglasscheiben voneinander zu trennen.

Der **Erste Stadtrat** erklärte, dass der Antrag und etwaige weitere Möglichkeiten geprüft werden. Die erforderlichen Mindestabstände würden derzeit bereits eingehalten. Darüber hinaus sei am selbigen Tag eine Maskenpflicht im Rathaus außerhalb der eigenen Büroräume eingeführt worden.

TOP 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.10.2020 (HFA/XVII/020/2020)

Herr Dirksen erkundigte sich nach seinem Hinweis in der letzten Sitzung zu einem Förderprogramm. **Herr Schüür** erklärte, später darüber kurz zu informieren.

Beschluss (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen vom 08.10.2020 (HFA/XVII/020/2020) wird genehmigt.

TOP 4 Haushalt 2021 - Investitionen

Der **Erste Stadtrat** wies darauf hin, dass als Anlagen die Investitionen der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2024 sowie dessen grafische Darstellung beigefügt worden seien. Hieraus gehe hervor, welche Maßnahmen in welchem Jahr mit welcher Höhe geplant seien. Zudem werde hieraus der entsprechende Kreditbedarf sichtbar. Es sei jedoch darauf zu achten, dass bei langfristigen Maßnahmen, wie beispielsweise der Feuerwehr Nüttermoor, nur ein Teil der Kosten abgebildet und beim Ausbau der „Südringbrücke“ lediglich die Planungskosten enthalten seien.

Hinsichtlich der geplanten Maßnahme des Endausbaus der Straße „Am Emsdeich“ (Maßnahme Nr. 56) stellte er die aktualisierten Kosten vor. Die bereits kalkulierten Baukosten von 1 Mio. Euro hätten sich nach bisheriger Planung auf 1,5 Mio. Euro erhöht. Dieser Kostenrahmen sei nicht einzuhalten und werde sich inklusive der Planungskosten auf insgesamt 2,8 Mio. belaufen. Grund hierfür sei zum einen das entsprechende Alter der bislang nicht ausgebauten Straße von über 20 Jahren. Zum anderen mussten neue Details mit eingeplant werden. Er übergab Herrn Hoffmann das Wort für eine detailliertere Darstellung.

Herr Hoffmann erläuterte, dass die ursprünglichen Kosten auf die erste Kosteneinschätzung bei dem entsprechenden Beschluss beruhten. Die Planung sei jedoch zum damaligen Zeitpunkt nicht final abgeschlossen gewesen. Inzwischen beruhe die Berechnung auf dem erteilten Planungsauftrag. Dabei sei auch der mittlerweile eingetretene schlechte Zustand der provisorischen Straße berücksichtigt worden. Der Straßenunterbau sei jetzt wesentlich schlechter und es müssten größere Teile ausgetauscht werden. Des Weiteren haben sich die Randbedingungen geändert und die Kostensteigerung sei auf eine Summe vieler kleiner Aspekte, wie beispielsweise die Berücksichtigung von zwei Bushaltestellen, zurückzuführen. So entspreche die Straßenentwässerung auch nicht mehr den heutigen Standards. Darüber hinaus werde jetzt auch die Nebenanlage für den Stich zur Emsstraße angelegt, damit insbesondere die Beschäftigten der Lebenshilfe ohne Gefährdung die Moormerlandsiedlung erreichen können.

Aufgrund des Vollbetriebs durch die ansässigen Gewerbeunternehmen und dem daraus resultierenden erhöhten Verkehrsaufkommen sei eine Vollsperrung nicht möglich, wodurch ein zusätzlicher Kostenaufwand entstehe. Des Weiteren habe man eine jährliche Baukostensteigerung von zuletzt bis zu 20 Prozent zu verzeichnen. Um Kosten zu minimieren, sei insbesondere ein beidseitig geplanter Gehweg auf einen einseitigen Gehweg reduziert worden. In den Gesamtkosten von 2,8 Mio. Euro seien somit alle Kosten berücksichtigt worden, einschließlich der Mehrwertsteuer und den Planungskosten.

Der **Erste Stadtrat** betonte, dass eine weitere Aufschiebung der Baumaßnahme nicht zu vertreten sei, da durch den immer schlechter werdenden Unterbau der Straße zusätzliche Kosten entstünden. Weiterhin berichtete er, dass für die geplante Maßnahme noch Haushaltsreste in Höhe von 150.000 Euro zur Verfügung ständen. Das Kreditvolumen erhöhe sich im Jahr 2022 somit von 11,23 Mio. Euro um 1,15 Mio. Euro auf 12,38 Mio. Euro. Die Stadtwerke Leer AöR erstatte später einen Betrag von rd. 100.000 Euro für die Entwässerung.

Herr Foest wies darauf hin, dass sich der städtische Haushalt in den letzten Jahren zunehmend negativ entwickelt habe. Ihm bereite jedoch vor allem die rasante Geschwindigkeit der Verschuldung Sorge, weshalb seiner Ansicht nach nicht in neue Maßnahmen investiert werden sollte. Die Situation sei daher mittelfristig nicht mehr zu bewältigen. Insbesondere befürchte er, dass derartige Kostensteigerungen bei weiteren Investitionen zu erwarten seien. Es sollte geklärt werden, inwieweit anderweitige Maßnahmen verschoben werden könnten. So sei zu prüfen, ob sich der Umbau der Plytenbergschule zur Ganztagschule schieben lasse. Er wies jedoch auf die generelle Problematik hin, Einsparungen zu erzielen. Insbesondere Kostenreduzierungen im Bereich der Schulen seien schwierig zu begründen und ließen die Verwaltung und Politik negativ dastehen.

Des Weiteren sprach er sich für die Entfristung des Feuerwehrbedarfsplans aus, da dieser hohe Kosten verursache. Man müsse lernen, in Millionenbeträgen zu denken und zu kalkulieren, weshalb größere Investitionen storniert werden müssten. Nur so sei ein genehmigungsfähiger Haushalt möglich.

Der **Erste Stadtrat** erklärte, dass eine Entfristung des Feuerwehrbedarfsplans nicht möglich sei, da ansonsten Organisationsverschulden entstehen könne. Es könnten jedoch Überlegungen zur Modifizierung angestrebt werden. Hier sei die Politik gefordert.

Seitens der Verwaltung werde kurzfristig eine Telefonkonferenz mit der Kommunalaufsicht geführt. Zudem betonte er, dass in der Stadt Leer ein großer Investitionsstau vorhanden sei, da sich insbesondere die Infrastruktur zunehmend verschlechtere.

Herr Schmidt stimmte Herrn Foest zu, dass insbesondere große Investitionen kritisch betrachtet werden müssten. Er schlug vor, gegebenenfalls Kostenbeteiligungen der übrigen Kommunen für Fahrzeuganschaffungen der Feuerwehr, z. B. bei der Drehleiter zu vereinbaren. Dahingehend sei eine Kosteneinsparung bei Kitas und Schulen undenkbar. Die Hoheellernschule gelte für ihn seit Jahren als eine Behelfschule, was sich negativ auf das Image der Stadt Leer auswirke. Er sei der Überzeugung, dass Investitionen im Bereich der Schulen und auch des Digitalpakts oberste Priorität hätten. Demnach sei es notwendig, Einsparungen in anderen Bereichen vorzunehmen. Er betonte, dass von Seiten seiner Fraktion keine Zustimmung zu Kürzungen im Bereich der Kitas und Schulen erfolge.

Herr Szyszka fügte die Erforderlichkeit hinzu, einen Masterplan für notwendige Projekte zu erstellen, der dem aktuellen Zeitalter entspreche.

Frau Kramer erklärte, dass während ihrer langen Tätigkeit als Ratsfrau die zunehmende Verschuldung der Stadt Leer immer präsent war. Leider sei die Verwaltung jedoch in vielen Aspekten an Vorgaben von Bund und Land gebunden, sodass Änderungen nur schwer vorgenommen werden könnten. Weiterhin betonte sie, dass das Projekt „FaCit“ sowie der Umbau der Plytenbergschule als Ganztagschule notwendig seien und hierfür entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten.

Hingegen betonte sie jedoch, dass eine derartige Kostensteigerung der Straße „Am Emsdeich“ auf einer schlechten Kalkulation beruhe.

Herr Foest merkte an, dass Kosteneinsparungen bei vielen Investitionen schwierig seien, weil die Projekte im Bereich der Schulen und Kitas angesiedelt seien. Ein weiteres Problem sehe er vor allem in den zu hoch angesetzten Standards. Im Hinblick auf den Ledatreff als „Leuchtturmprojekt“, bei dem in zu hohe Standards investiert wurde, solle bei zukünftigen Investitionen auf Reduzierung der gewohnten Standards geachtet werden. Er beabsichtige, die Stadt Leer nicht kaputtzusparen, jedoch aber Kosten zu reduzieren, um zusätzliche Mittel für anderweitige Aufgaben bereitzustellen.

Frau Kramer berichtete, dass jeder Ortsteil der Stadt Leer über eine eigene Feuerwehr und einen eigenen Sportplatz verfüge. Diese Standards müsse man hinterfragen.

Herr Schmidt entgegnete, dass viele Standards vorgegeben und zu beachten seien, die Kostensteigerungen nach sich ziehen. Im Hinblick auf den Ledatreff stimme er Herrn Foest zu, dass die Kosten und Standards zu hoch gewesen seien. Über vorgeschriebene Standards solle daher zukünftig nicht hinausgegangen werden.

Frau Kramer warf ein, dass in den Kosten des Feuerwehrhauses Nüttermoor 35 Parkplätze eingeplant seien. Dessen Notwendigkeit stellte sie in Frage, da sich das Haus im Ortskern befinde und daher mit hoher Wahrscheinlichkeit viele Feuerwehrleute mit dem Fahrrad zum Feuerwehrhaus fahren würden.

Der **Erste Stadtrat** entgegnete, dass über solche Details nach der Erstplanung diskutiert werde. Er fügte hinzu, dass für jede Feuerwehrfrau bzw. jeder Feuerwehrmann ein entsprechender Parkplatz einzuplanen sei. Als allgemeines Problem sehe er vor allem die einzuhaltenden Normen bei Bauten und Bauteilen. Er wies ebenfalls darauf hin, dass die Standards nicht von der Verwaltung stammen, sondern von außerhalb verschiedenster Institutionen vorgeschrieben werden. Es sei zu überlegen, wie diese letztendlich umzusetzen seien.

Herr Foest berichtete, dass die Stadt zwar bei den ortsansässigen Feuerwehren an den Feuerwehrbedarfsplan gebunden sei, ein direkter Vergleich jedoch ergebe, dass die Grundausrüstungen der Feuerwehren in den letzten Jahren immer etwa 50 Prozent teurer seien als die der Feuerwehren des Landkreises. Auch das Feuerwehrhaus in Riepe sei beispielsweise trotz hoher Ausstattung vergleichsweise günstig gewesen. Er habe mehrfach versucht, die Kosten für die Feuerwehren in Leer zu senken, welches jedoch seitens der Politik nicht gewollt war.

Herr Dirksen erklärte, dass gemäß der derzeitigen Entwicklung neue Kredite aufgenommen werden müssten, um die Altkredite tilgen zu können. Zwar spreche er sich ebenso für die Projekte wie „FaCit“ aus, appellierte jedoch daran, einige Projekte zu überdenken, denn diese Entwicklung könne keiner mehr tragen.

Herr van Beckum mahnte, dass die hohen Standards nicht erforderlich seien. Er sei überzeugt, dass man z. B. durch Vermeidung von bodentiefen Fenstern oder Ver-

wendung von Trapezblechen bei Fahrzeughallen Kosten sparen und so auch die vorgegebenen Normen einhalten könne.

Herr Schmidt stimmte Herrn van Beckum zu und betonte nochmals, nicht über die Standards hinauszugehen.

Insofern herrschte im Gremium Einigkeit darüber, bei den Standards grundsätzlich nicht über die gesetzlichen Anforderungen zu gehen.

TOP 5 Hebesätze der Realsteuern **Vorlage: 1.201/XVII/1687/2020**

Der **Erste Stadtrat** berichtete, dass die beigefügte Liste den aktuellen Stand der Hebesätze sowie die Auswirkungen einer Erhöhung darstelle, indem exemplarisch für verschiedene Fälle die Kostensteigerungen ausgerechnet wurden. Zum einen stellte er die Veränderungen einer Hebesatzanpassung bei Einfamilienhäusern und Mietwohnblocks vor. Darüber hinaus präsentierte er die Darstellung der Auswirkungen einer Hebesatzänderung bei verschiedenen gewerbsteuerpflichtigen Unternehmen, aufgegliedert nach den jeweiligen Unternehmensgewinnen. Weiterhin verwies er auf die Übersicht der aktuellen Hebesätze umliegender Kommunen sowie die Hebesatzentwicklung der Stadt Leer in den letzten zehn Jahren. Zwar befürworte die Kommunalaufsichtsbehörde eine Erhöhung der Hebesätze der Realsteuern, allerdings sei noch nicht bekannt, um wieviel Prozent die jeweiligen Sätze erhöht werden müssten. Er wies jedoch darauf hin, dass nach der Berichterstattung in der Ostfriesen-Zeitung Hesel die Realsteuerhebesätze extrem erhöhen musste, um eine Genehmigung von der Kommunalaufsicht zu erhalten.

Herr Schmidt betonte, dass man zunächst alles andere ausschöpfen müsse, bevor man die Steuern erhöhe. Die Erhöhung der Realsteuerhebesätze sei als letzte Möglichkeit für einen genehmigungsfähigen Haushalt heranzuziehen.

Herr Foest lobte die beigefügten Übersichten, da diese aufzeigen, wie die Erhöhung der Realsteuerhebesätze sich auswirken würden. Aufgrund der Corona-Pandemie sei eine zusätzliche Belastung von Unternehmen durch höhere Gewerbesteuer zu vermeiden. Er regte die Möglichkeit an, die Erhöhung der Gewerbesteuer nur bei bestimmten Sektoren vornehmen zu lassen. Im Hinblick auf die Grundsteuer machte er auf die Attraktivität einer Altersvorsorge durch den Erwerb von Immobilien aufmerksam. Diese Attraktivität dürfe jedoch nicht durch eine stetige Erhöhung der Grundsteuer geschmälert werden. Er sehe eine Erhöhung erst dann als erforderlich, sobald „Verluste“ bei den Zuweisungen und Umlagen entstünden.

Herr van Beckum wies darauf hin, dass auch wenn die Steuerspirale durch das System mit dem gewogenen Durchschnitt nach oben gehe, man mit diesem Finanzsystem „Steuerdumping“ vermeide und der Wettbewerb zwischen Kommunen um die Ansiedlung von Unternehmen beschränke.

TOP 6 Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

TOP 7 Anfragen

Herr Schmidt verwies auf den aktuellen Schulbetrieb und die Vorschriften über das dauerhafte Intervalllüften der Klassenräume. Er führte aus, dass dies kein dauerhafter Zustand sein könne, da die Schülerinnen und Schüler aufgrund der herbstlichen Temperaturen den Unterricht lediglich mit entsprechender Kleidung und Decken bestreiten können. Aus diesem Grund richtete er die Frage an die Verwaltung, ob diese eruiere, bestimmte Lüfter anzuschaffen und Fördermöglichkeiten aufzudecken.

Der **Erste Stadtrat** antwortete, dass dies beobachtet werde. Es sei jedoch vom Kultusministerium bislang nichts gefordert. Dieses verweist weiterhin auf die Vorschrift des stetigen Lüftens der Klassenräume.

Herr Szyszka wies darauf hin, dass für einen entsprechenden Schutz vor Ansteckungen mindestens drei Lüfter pro Klassenraum eingesetzt werden müssten und dieses sich in einem Kostenrahmen von 3.000 bis 5.000 Euro bewegen; diese Lüfter seien auch nicht kurzfristig erhältlich.

Auf Nachfrage von **Frau Kramer** erklärte der **Erste Stadtrat**, dass der Einsatz von Abdeckungen auf den Mikrofonen im Ratssaal geklärt werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Dirksen** entgegnete **Herr Schüür**, dass man eine Vorlage zur Parkraumbewirtschaftung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen vorbereite.

TOP 8 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Mit Blick auf die Corona-Pandemie und den Sicherheitsvorkehrungen in den Schulen führte **ein Einwohner** aus, dass es Desinfektionsgeräte gebe, welche an der Decke montiert die Luft reinigen würden, und bat um Auskunft darüber, ob die Installation dieser erwogen werde.

Der **Erste Stadtrat** antwortete, dass verschiedenste Ansatzpunkte diskutiert würden. Man halte sich an die Vorgaben des Kultusministeriums, die vorsehen, dass die Klassenräume regelmäßig gelüftet werden.

Unter Bezugnahme auf die Zeitschrift des Niedersächsischen Städtetages bat **ein Einwohner** um Auskunft über Fördermöglichkeiten.

Der **Erste Stadtrat** antwortete, dass zahlreiche Institute diverse Fördermöglichkeiten für verschiedenste Bereiche gewähren. Die Stadt Leer behalte diese Entwicklung im Auge und prüft, ob diese infrage kämen.

Herr Heinrichsdorff schloss um 18:06 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnete im Anschluss den nichtöffentlichen Teil.

gez. Ulf-Fabian Heinrichsdorff

Vorsitzender

gez. Beatrix Kuhl

Bürgermeisterin

gez. Sven Graalman

Protokollführer